

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge ist
gesetzlich vorgeschrieben.
— Erscheint wöchentlich.
Preis pro Jahrgang 20. —

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 261

Sonntag, den 8. November 1931

26. Jahrgang

Neuyork und die Schuldenfrage

Eine wichtige Erklärung der Neuyorker Bankiers

Kurze und langfristige Kredite

Neuyork, 6. Nov. Zwischen den Vertretern der Neuyorker Banken, die an dem Stillhalteabkommen für die in Deutschland gewährten Kredite teilnahmen, haben Besprechungen stattgefunden, in denen sich Übereinstimmung darüber ergab, daß die Kurzkredite für Deutschland auch weiter gewährt werden müßten. Eine Umwandlung dieser Kurzkredite mit fünf- oder zehnjähriger Laufzeit sei jedoch unzulässig. Es herrschte weiter Übereinstimmung darüber, daß gemäß dem Geiste des Youngplans die Deutschland gewährten privaten Kurzkredite den Reparationszahlungen nicht nachstehen dürften.

Dieser Erklärung der Neuyorker Bankiers kommt zweifellos große Bedeutung zu. Sie ist sicher so zu verstehen, daß auch nach dem Ablauf des Stillhalteabkommens im Februar die kurzfristigen Kredite in Deutschland nicht abgerufen werden sollen, wenn die Bankiers andererseits auch mit einer Umwandlung in langfristige Kredite nicht einverstanden sind. Das soll wohl heißen, daß sie sich die Verfügungsgewalt über das von ihnen ausgeliehene Geld für kurze Zeiträume unter allen Umständen vorbehalten wollen. Es ist durchaus möglich, daß die Neuyorker Bankiers diese Auffassung aus der Befürchtung heraus vertreten, daß andernfalls den Tributen abermals eine Vorzugsstellung eingeräumt und damit die Lösung der großen Krise nochmals verschleppt werden könnte.

Ansichten in England

London, 6. November. Der diplomatische Korrespondent der „Financial News“ beschäftigt sich heute mit den Problemen der deutschen Auslandsverschuldung. Er erklärt, manche Kreise hätten gehofft, daß Laval durch seinen üblichen diplomatischen Sieg in Washington zu einer verständlichen Haltung veranlaßt werde. Aber aus amtlichen französischen Äußerungen und aus dem Ton der französischen Presse gehe hervor, daß diese Hoffnung nicht berechtigt sei. Frankreich bleibe bei der engstirnigen Haltung, die es während der ganzen Krise eingenommen habe.

Die Forderung der deutschen Regierung, kommerzielle Verbindlichkeiten müßten den Reparationen vorgehen, habe in der Londoner City einen gänzlichen Einbruch hervorgerufen. Man hoffe, daß die deutsche Regierung bei dieser Haltung bleiben und nicht die Interessen der privaten Gläubiger Deutschlands gegen eine Reparationsvereinbarung mit Frankreich preisgeben würde.

Immer mehr Ausschüsse . . .

Die gestrige Kabinettsitzung

Berlin, 6. Nov. Unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther besaßte sich gestern das Reichskabinet mit der Vorbereitung der weiteren Beratungen des Wirtschaftsausschusses, nachdem die Arbeiten des zunächst allein eingesetzten Ausschusses für die Stillhalteprobleme inzwischen bereits zu Ende geführt werden konnten. Es wurde beschlossen, zwei weitere Ausschüsse zu bilden. Dem Ausschuss 1 für Produktionskosten und Preise wird Reichskanzler Dr. Brüning oder Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, dem Ausschuss 2 für Kredit und Zins der Stellvertreter des Reichskanzlers, Reichsfinanzminister Dietrich oder Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold vorzuziehen. Sämtliche Mitglieder des Wirtschaftsausschusses sind gleichmäßig auf die Ausschüsse verteilt worden. Die Ausschüsse werden Dienstag, den 10. November, in der Reichskanzlei zum Beginn ihrer Beratungen zusammentreten. Es ist in Aussicht genommen, zur Beratung wichtiger Einzelfragen Sachverständige zuzuziehen. Die ersten Sitzungen werden der Feststellung des genauen Arbeitsprogrammes dienen, dem Reichsrat der Reichsregierung zugrunde liegen werden.

Entstellte Kanzlerrede?

Die scharfen Ausfälle des Reichskanzlers gegen die nationale und Deutsche Volkspartei auf der Sitzung des Reichsausschusses den Zentrums haben einmal in den betroffenen Reichsparteien starke Bestimmung und zum anderen auch im Regierungslager selbst, und vor allem beim Zentrum, deshalb eine höchst peinliche Verlegenheit hervorgerufen, weil sie ursprünglich nur für den Hausgebrauch und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Dem ersten, durch zwei Korrespondenzbüros verbreiteten Bericht folgte in den Abendstunden ein von Dr. Brüning persönlich korrigierter Text seiner Rede, in dem die scharfe Kritik gegen rechts ganz wesentlich gemildert worden ist. Wie sehr man im Zentrum eine innerpolitische Polemik mit Rechts im gegenwärtigen Zeitpunkt zu vermeiden wünscht, zeigt eine offenbar offizielle Infiltrationskündigung der „Germania“, die unter der Überschrift „Ausfälle Reichskanzlers“ mitteilt, daß die zuerst veröffentlichte Rede „unzutreffend und unklar“ gewesen sei. Dies

zumal, da eine solche Vereinbarung nur einen sehr problematischen Wert hätte. Wenn Deutschland den politischen Schaden die Priorität vor den kommerziellen einräume, dann werde es seine Auslandskredite zerstückeln und nicht imstande sein, irgendwelche neuen Auslandsanleihen aufzunehmen. Frankreich würde übrigens aus einer solchen Vereinbarung gar keinen Vorteil ziehen, weil Deutschland doch nicht imstande sein werde, die Reparationszahlungen wieder aufzunehmen.

Denselben Standpunkt nehmen auch die „Times“ ein. Man kann danach kaum glauben, daß der Pariser (1) Berichtshatter der „Morning Post“ recht hat, wenn er behauptet, es bestehe Grund zu der Annahme, daß das englische Außenamt mit der französischen Regierung über die beschriebenen Verhandlungsmethoden Übereinstimmung, und man könne annehmen, daß die deutschen Hoffnungen, die Privatschulden würden den Vorrang vor den Tributen erhalten, enttäuscht werden würden.

Young verteidigt den Youngplan

Paris, 6. November. Der Sonderkorrespondent des „Matin“, Stephan Laujanne, hat vor seiner Rückreise aus Amerika eine kurze Unterredung mit Owen D. Young gehabt, den er über seine Ansicht vom Schuldenproblem befragte. Owen D. Young hat nach Darstellung des französischen Journalisten folgenden erklärt: Die Umstände hätten bei der Ausarbeitung des Young-Planes anders als heute gelegen, aber die Sachverständigen wären kurzfristig gewesen, wenn sie nicht den Fall vorgeesehen hätten, daß sich die Umstände ändern könnten. Daher hätten sie ihren Plan möglichst elastisch gestaltet, damit er sich den Ereignissen anpassen lasse. Er habe die feste Überzeugung, daß der Mechanismus des Young-Planes auch heute noch gut sei, wenn man guten Willen und guten Glauben für sein Funktionieren habe. Nachdem Owen D. Young dem französischen Journalisten gegenüber von dem Respekt vor unterzeichneten Verträgen gesprochen hatte, soll er weiter erklärt haben: Gegenwärtig nehme man gerne zu Moratorien keine Zuflucht. Ein Moratorium aber sei — wie er auch dem Präsidenten Hoover gesagt habe — logischer die Verhängung des Sanktionsrechts oder des Belagerungsstatus. Man könne in gewissen Fällen gezwungen sein, den Belagerungsstatus zu verhängen, aber man könne unter dem Belagerungsstatus nicht normal leben. Je früher er aufhöre, und je weniger man auf ihn zurückgreife, umso besser sei es.

Ob Young wirklich so gesprochen hat oder ob nicht vielmehr der französische Berichtshatter etwas „schöngefärbt“ hat im französischen Sinne?

je umso behauertlicher, als auf Grund dieses Berichtes angenommen werden könne, daß es sich von Seiten des Kanzlers um eine parteipolitische Auseinandersetzung gehandelt habe. Selbstverständlich habe der Kanzler nicht umhin gekonnt, in dieser internen Verammlung seiner Partei und im Hinblick auf die letzten Reichstagskämpfe gewisse parteipolitische Fragen zu stellen. In Wirklichkeit hätten diese Dinge aber „ganz an der Peripherie seiner Rede“ gelegen. Mit dieser Feststellung, meint die „Germania“, dürfte sich auch eine am Donnerstagabend verbreitete Erklärung der Deutschen Volkspartei erübrigen.

Berhandlungen Hoelch mit Laval und Gladin

Paris, 6. Nov. Reichskanzler von Hoelch stattete heute nachmittag in Verfolg der am Dienstag eingeleiteten Aussprache Ministerpräsident Laval einen Besuch ab. Im Anschluß daran verhandelte er auf Veranlassung Lavals eingehend mit Finanzminister Gladin.

Bevorstehende Tagung des Völkerbundsrats in Paris?

Genf, 6. November. Es scheint jetzt festzustehen, daß die nächste Sitzung des Völkerbundsrats, die der aktuellen Behandlung des sino-japanischen Konfliktes gewidmet sein wird, nicht in Genf, sondern in Paris stattfinden wird. Wie verlautet, hat der französische Außenminister Briand, der zurzeit die Geschäfte des Ratspräsidenten führt, um die Verlegung der Sitzung nach Paris gebeten. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat sich daraufhin mit den übrigen Mitgliedern des Rates entsprechend in Verbindung gesetzt. Die Frage ist noch nicht endgültig entschieden. Ein maßgebender Stelle im Völkerbundssekretariat glaubt man jedoch, daß dem Wunsch Briands entsprochen werden wird. Der Rat tritt bekanntlich am 18. November zusammen. Die Gespräche über eine frühere Einberufung werden bis jetzt noch nicht befristet. Es scheinen aber diesbezügliche Ermüdungen von den zuständigen Stellen angestellt zu werden, und man spricht davon, daß der Rat unter Umständen schon Mitte der nächsten Woche zusammenzutreten wird. Die zuständigen Stellen des Völkerbundssekretariats sind jetzt eifrig mit der Vorbereitung der nächsten Ratostagung beschäftigt. Gleichzeitigt wird der Draht zwischen Genf und Paris. Man ist sich hier in Genf vollkommen klar darüber, daß der bevorstehenden Tagung des Rates eine ganz außerordentliche Bedeutung zukommt.

Steigendes Preisniveau in England

Berlin, 6. Nov. Mit der Entwicklung des englischen Preisniveaus seit der im September erfolgten Abkehr vom Goldstandard beschäftigt sich in in- und ausländischer Presse eine Londoner Zeitschrift des Berliner Börsen-Kuriers. Es wird darin festgestellt, daß der Gesamtindex um rund 9,7 Prozent gegenüber der Vorjahresziffer zurückgeblieben, so daß also die derzeitigen Preise in devalorierten Pfund Sterling niedriger geblieben sind als die vorjährigen Goldpreise. Früher oder später, so heißt es in der Zeitschrift weiter, wird sich jedoch ein Ausgleich ergeben müssen, der einseitigen noch durch die allgemeine Unsicherheit retardiert werden konnte. England bleibt in jedem Falle genötigt, beträchtliche Mengen von Lebensmitteln und Rohstoffen vom Ausland zu beziehen, und muß selbstverständlich für diese Anschaffungen — in Sterling ausgedrückt — entsprechend höhere Preise anlegen, die sich schließlich auch auf das allgemeine Preisniveau auswirken müssen. Seit dem 21. September haben sich bereits die Baumwollpreise um 17,3 Prozent erhöht. Getreide ist um rund 9 Prozent gestiegen, der Fleischpreis um 4,2 und die Indizes der sonstigen Lebensmittel um 11,9 Prozent. Die schon jetzt zu beobachtende Tatsache, daß die Pfundentwertung in England nur ganz vorübergehende Entlastungen zu schaffen geeignet ist, sollte auch denjenigen Kreisen außerhalb Englands zu denken geben, die inflatorische Maßnahmen irgendwelcher Art als Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten des Wirtschaftslebens betrachten.

Neue Wutbürgergerichte in Osterreich

Berlin, 6. November. Infolge von Klammgerichten über Vorbereitungen der Heimwehr zu einem neuen Putsch hat die österreichische Regierung, wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ meldet, die Garnisonen in Klammstadt verlegt. Ein wesentlicher Teil der Truppen muß stets in den Klammern zur Verfügung stehen.

Der Konflikt an der Universität Halle

Halle, 6. Nov. Der Konflikt an der Universität wegen der Berufung Prof. Dehns ist heute formell beigelegt worden. Allerdings bestehen die inneren Gegensätze zwischen Studenten und Dozenten nach wie vor fort. In einer Entschließung, die von der Studentenschaft durch den Rektor heute nachmittag unterzeichnet wurde, wird zunächst der Rücktritt des amtierenden Rektors Professor Lubin gefordert. Weiter heißt es in der Entschließung, daß die Studentenschaft von weiteren Demonstrationen absehen werde, da ihr das Wohl der Universität höher stehe als die Befristung „eines in seinem Charakter und in seinen Anschauungen sehr fragwürdigen Dozenten“. Der Kampf aber werde keineswegs aufgegeben, sondern auf noch breiterer Basis mit allen zur Verfügung stehenden geistigen Mitteln weitergeführt werden. Die Entschließung ist unterzeichnet vom Hochschulring deutscher Art und der Deutschen Studentenschaft an der Universität Halle. Wie die Studenten weiter erklären, ist ihnen gegen Prof. Dehn weiteres belastendes Material zugegangen. Die Vorlesungen Prof. Dehns werden zukünftig unter Sicherungsmaßnahmen der Universitätsbehörden vorläufig weiter stattfinden. Von einer Heranziehung der Polizei will man absehen.

Keine Berliner Brotpreiserhöhung beabsichtigt

Berlin, 6. Nov. Entgegen anderslautenden Darstellungen in der Presse erklärt BLD-Handelsdienst von maßgebender Seite aus Bäckereifreien, daß in den letzten Tagen irgendwelche offiziellen Beratungen über eine eventuelle Erhöhung des Brotpreises in Berlin nicht stattgefunden haben, noch für die nächsten Tage anberaumt sind. Nach weiterer Information werde sich eine Erhöhung des Brotpreises nicht vermeiden lassen, falls dem Ansteigen der Roggen- bzw. Weizenpreise nicht durch geeignete Maßnahmen Einhalt geboten werde. Boreerst sei eine Brotpreiserhöhung jedoch nicht geplant.

Die Ermäßigung der Gütertarife

Berlin, 6. Nov. Zu der von der Reichsbahn am 1. d. Mts. durchgeführten Ermäßigung der Gütertarife für die oberen Tarifklassen, die mit der Klausel versehen ist, daß die Ermäßigung wieder außer Kraft treten soll, wenn der gewerbliche Kraftwagenverkehr seinen gegenwärtigen Tarif aussetzt, erfahren wir vom Reichsverkehrsministerium, daß selbstverständlich eine Verringerung der Reichsbahnfrachttarife nur im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsministerium erfolgen kann.

Tarifpreis in der Röhren Metallindustrie

Berlin, 6. Nov. In einem Teil der Röhren Metallindustrie wird seit heute morgen die Arbeit eingestellt.